

Udo Steinbach

DER GOLFKRIEG

Ursachen, Verlauf, Auswirkungen

Ausgewählte Texte, zusammengestellt und eingeleitet von Udo Steinbach

54

Hamburg 1988

Die Landeszentrale für politische Bildung — ein Amt der Senatskanzlei — ist eine staatliche Einrichtung der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie arbeitet auf überparteilicher Grundlage und mit verschiedenen Bildungsgesellschaften zusammen. Die Veranstaltungen dieser Bildungsgesellschaften stehen grundsätzlich jedem Hamburger offen.

Jeder Hamburger Bürger kann sich bei der Landeszentrale kostenlos Informationen holen; seien es Veröffentlichungen der Bundeszentrale, z. B. zur Parteidemokratie, zu Frieden und Sicherheit, zur Geschichte der Bundesrepublik oder auch die mehr wissenschaftlichen Beiträge in der „Beilage zum Parlament“, er kann aber auch Eigenveröffentlichungen der Landeszentrale bekommen. Eigenveröffentlichungen der letzten Jahre sind erschienen z. B. zu Fragen der Hamburger Geschichte; der Bürger kann sich aber auch Material beispielsweise zu EG und zu weiteren Themen mitnehmen.

Die Geschäftsstelle der Landeszentrale befindet sich in der Straße
Große Bleichen 23 · 2000 Hamburg 36
III. Stock (über der Verbraucherzentrale)
Tel. 36 81 -21 43

Die Öffnungszeiten sind:

montags bis mittwochs 11.00 bis 13.00 Uhr + 15.00 bis 16.00 Uhr
donnerstags und freitags 11.00 bis 13.00 Uhr + 14.30 bis 15.30 Uhr



Der Autor:

Udo Steinbach

Dr. phil., geboren 1943, Studium der Orientalistik und Klassische Philologie, derzeit Direktor des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg.

D 90/337

Veröffentlichung der

Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg,
in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Orient-Institut, Hamburg

Redaktion: Hartmut Hohlbein

Satz und Druck: Lütcke & Wulff, Hamburg 1

| | | |
|-----|---|-----|
| 1. | <i>Udo Steinbach</i> | |
| | Einleitung | 5 |
| 2. | Der Golfkrieg im Konfliktfeld des Nahen und Mittleren Ostens | 9 |
| 2.1 | <i>Udo Steinbach</i> | |
| | Kein Weg aus der Krise: Der Nahe Osten in den achtziger Jahren | 9 |
| 2.2 | <i>Andreas Kohlschütter</i> | |
| | „Tankerkrieg“ im Golf und „Pilgerkrieg“ in Mekka: Neue Dimensionen des iranisch-irakischen Konfliktes | 25 |
| 2.3 | <i>Mir A. Ferdowsi</i> | |
| | Ursprünge und Verlauf des iranisch-irakischen Krieges — Über den Zusammenhang von Kolonialismus und Kriegen in der Dritten Welt | 39 |
| 3. | Sieben Jahre Krieg am Golf — Ursachen und Verlauf | 45 |
| 3.1 | <i>Johannes Reissner</i> | |
| | Iran — Irak: Kriegsziele und Kriegsideologien | 45 |
| 3.2 | <i>Henner Fürtig</i> | |
| | Sechs Jahre irakisch-iranischer Krieg — eine Bilanz | 61 |
| 3.3 | <i>Peter Hünsele</i> | |
| | Der Irak und sein Konflikt mit Iran (Das regionale Umfeld) | 71 |
| 3.4 | <i>Mir A. Ferdowsi</i> | |
| | Der iranisch-irakische Krieg (Zu den Ursachen der Katastrophe) | 85 |
| 3.5 | <i>Aziz Alkazaz</i> | |
| | Ökonomische Aspekte des Krieges | 93 |
| 3.6 | <i>Udo Steinbach</i> | |
| | Ein „vergessener Krieg“ in neuer Dimension — Das Jahr 1987 | 99 |
| 4. | Regionaler Konflikt oder Wer hat am Golf das Sagen? Politische und militärische Perspektiven des Golfkrieges | 111 |
| 4.1 | <i>Hanns Maul</i> | |
| | Die Supermächte in der Golfregion | 111 |
| 4.2 | <i>Marianne Stern</i> | |
| | Minen im Golf — Droht eine Ausweitung des Krieges? | 129 |

| | | |
|-----|--|-----|
| 4.3 | <i>Marianne Stern</i> Irangate | 133 |
| 4.4 | <i>Marianne Stern</i> Massaker in Mekka | 139 |
| 5. | „Totaler Krieg“ und nationale Minderheiten — Die Heimatfront der Kriegführenden | 145 |
| 5.1 | <i>Efraim Karsh und Ralph King</i> Der irakisch-iranische Krieg am Scheideweg | 145 |
| 5.2 | <i>Arnold Hottinger</i> Die Kurden im inneren und äußeren Kampf | 153 |
| 5.3 | <i>Massudeh Gholamasad und Monika Schuckar</i> Märtyrerkult und stummer Widerstand | 163 |
| 5.4 | <i>Ali Sadrzadeh</i> Der Pasdar | 173 |
| 6. | Materialien | 177 |
| 6.1 | Zeitleiste | 177 |
| 6.2 | UN-Resolution 598 vom 20. Juli 1987 | 185 |
| 6.3 | Biographie Saddam Hussein | 187 |
| 6.4 | Biographie Ayatollah Khomeini | 191 |
| 6.5 | Rede Saddam Husseins vom 17. September 1980 | 195 |
| 6.6 | Reden Khomeinis vom 30. September 1980 und vom 4. Oktober 1980 | 201 |
| 6.7 | Angaben zu den am Krieg beteiligten Ländern | 205 |
| 6.8 | Landkarte | 206 |

Der iranisch-irakische Krieg (Zu den Ursachen der Katastrophe)**

...

DIE URSACHEN DES KRIEGES — DIE VORPROGRAMMIERTE KATASTROPHE

Die machtpolitische Konstellation sowie die Umstände des Zustandekommens des Vertrages ließen allerdings schon damals erkennen, daß der Konflikt bei einer Umkehrung des Kräfteverhältnisses jederzeit erneut entflammen konnte. Daß der Irak mit der Talweg-Linien-Vereinbarung seine Souveränität über den gesamten Schatt aufgab, hing erstens mit der wohl im Gefolge der Nixon-Doktrin¹ und der ausdrücklichen Zustimmung der USA² zur Übernahme der Position des „Gendarmen am Golf“ durch den Iran zusammen. Nach dem Abzug der Briten und der Auflösung der englischen Stützpunkte „östlich vom Suez“ am 1. Dezember 1971 sollte der Iran das entstandene Vakuum auffüllen. Diesen Anspruch unterstrich der Iran noch am selben Abend, als die britischen Truppen abgezogen waren, durch die Besetzung von drei kleinen Inseln. Abu Mussa sowie das kleine und das große Tomb liegen am Ausgang der Meerenge von Hormuz; sie sind vor allem für die Sicherheit der Öltankerrouten von unschätzbarem strategischem Wert. Ein zweiter Grund dürfte in der spätestens seit dem Besuch von Präsident Nixon im Iran im Mai 1972 einsetzenden massiven Aufrüstung³ liegen, über die der damalige Chef der US-Militärmission in Teheran, Generalmajor Ellis Williamson, bemerkte, sie erwecke bei ihm den Eindruck, der Iran sollte von den USA „alles erhalten, bis auf atomare Waffen“⁴. Drittens schließlich war die massive Einmischung Irans in die inneren Angelegenheiten Iraks durch die Unterstützung des Kurdischen Widerstandes unter Idriss Barsani zweifellos darauf ausgerichtet, den Irak zur Anerkennung des Machtanspruchs des Iran im Golf zu zwingen. Hierauf deuten nicht nur die Enthüllungen des Nachrichtendienstsonderausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses hin⁵, sondern auch die Erklärung Saddam Husseins bei der Annullierung des Vertrages von Algier am 16. September 1980 auf einer Sondersitzung des irakischen Parlaments; auf dieser Sitzung bekundete er zum erstenmal öffentlich, „nur die äußerste Zwangslage“ hätte dem Regime „Konzessionen in der Schatt-Frage“ abringen können⁶. Noch deutlicher wurde er 1981 in einem Interview mit dem Spiegel auf die Frage: „Das Algier-Abkommen wurde damals doch auf Ihren Wunsch abgeschlossen.“ „Wir haben dieses Abkommen widerwillig und gezwungen anerkannt und darin den Persern den Talweg auf dem Schatt el-Arab eingeräumt. Wir waren damals militärisch erpreßbar.“ Auf die ergänzende Frage: „Sie meinen den vom Schah unterstützten Aufstand der Kurden im Nordirak?“ antwortete er: „Genau den meine ich. . .“⁷

Es kann also davon ausgegangen werden, daß die Revision des Abkommens von Algier schon bei dessen Abschluß ein politisches Ziel des Iraks war, der auf eine günstige Gelegenheit wartete. Dieses Ziel gewann um so mehr an Bedeutung, als die

* Mir A. Ferdowsi, Dr. phil., Dipl. sc. pol., geb. 1946, Studium der Politikwissenschaft, öffentliches Recht und Geschichte Süd- und Südosteuropas, derzeit wissenschaftlicher Angestellter an der Forschungsstelle Dritte Welt am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München.

** Ferdowsi, Mir A.: Der iranisch-irakische Krieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 42/84, (20. Oktober 1984), S. 3-15.

„aufstrebende Regionalmacht“ Irak als einziger OPEC-Staat in der Region nur über einen 14 Kilometer langen Küstenstreifen Zugang zum Wasser hat und daher über drei Viertel seiner Erdölexporte über das Gebiet anderer Staaten leiten muß und der kontinuierliche Fluß dieser Exporte vollständig vom guten Willen oder zumindest der Neutralität dieser Staaten (Syrien und Türkei) abhängt.

Dieser „günstige Zeitpunkt“ schien für den Irak mit dem Sturz des Schahs und der Machtübernahme der religiösen Kräfte gekommen zu sein; allerdings bewertete der Irak den Machtwechsel im Iran zunächst positiv, plädierte sogar für ein gutnachbarschaftliches Verhältnis. Die Voraussetzungen dafür hatte Khomeini geschaffen, der bereits im Pariser Exil als Grundlinie der zukünftigen iranischen Außenpolitik verkündet hatte, der „Iran werde nicht länger die Wächterrolle im Golf weiterverfolgen“; überdies wurde von Khomeini zum erstenmal der Begriff „islamischer Golf“ verwendet⁸. So forderte der Irak im Februar 1979 — kurz nach der Revolution — als ersten Schritt für eine verbesserte Zusammenarbeit die Anerkennung der Souveränität und der legitimen Rechte des Iraks im Gebiet des Schatt el-Arab sowie die Rückgabe der 1971 besetzten drei Inseln. Die Erfüllung dieser Forderungen sollte den „anti-imperialistischen Charakter der Islamischen Revolution“ unter Beweis stellen und damit die „Fehlgriffe des Schahs“ wiedergutmachen⁹. Diese Forderungen wurden jedoch kurze Zeit später von Außenminister Sanjabi entschieden zurückgewiesen.

Mit dem Ausscheiden Bazargans im Herbst 1979 aus dem Amt und der endgültigen Machtübernahme durch weniger kompromißbereite Kräfte schien es zudem, als ob der Iran in keiner Weise beabsichtigte, auf den regionalen Führungsanspruch zu verzichten. Ebenso verschärfte sich die bis dahin zwischen den zivilen Eliten und der Geistlichkeit schon seit Beginn der Revolution entbrannte öffentliche Diskussion über den Export der Revolution¹⁰. Wenn auch nicht von der Hand zu weisen ist, daß der Iran auf die Nachahmung der Revolution durch die schiitischen Minderheiten in den Golf-Anrainer-Staaten setzte¹¹, können zuverlässige Aussagen über die Ernsthaftigkeit dieser „Exportförderung“ jedoch kaum gemacht werden. Vielmehr sollte die Debatte über den Export der Revolution wohl eher dazu dienen, ihre Bedeutung im eigenen Lande hervorzuheben. In der Tat blieben die konkreten Aktionen des Regimes in erster Linie dann auch auf den Irak beschränkt. Hierbei mag wohl der Umstand eine Rolle gespielt haben, daß der Irak in der Frühphase der Revolution, im September 1978, auf Drängen der iranischen Regierung über Khomeini Hausarrest verhängte und ihm verbot, iranische Pilger zu empfangen. Im Oktober 1978 wurde Khomeini schließlich aus dem Irak ausgewiesen. Schon zu dieser Zeit geriet der Irak in den Sog der inneriranischen Gegensätze; dies äußerte sich u. a. durch Bombenattentate auf irakische Einrichtungen.

Die Beziehungen verschlechterten sich nachhaltig, als die Geheimorganisation Al-Dawa unter Ayatollah Sadr die Schiiten im Irak aufforderte, das Regime Saddam Husseins zu stürzen; dies wurde vom Irak umgehend mit der Ausweisung von etwa 30 000 Schiiten iranischer Abstammung beantwortet. Der Irak rief nun seinerseits die etwa eine Million zählender Araber in Khusistan (vom Irak Arabistan genannt) auf, sich mit allen Mitteln der „persischen Besatzung“ zu widersetzen. Gleichzeitig häuften sich die bewaffneten Zwischenfälle an der Grenze.

Wenngleich, wie kurz skizziert¹², der Irak von Iran in zunehmendem Maße provoziert worden war und der Iran möglicherweise auf dem Weg über die schiitische Mehrheit im Irak auf eine innere Destabilisierung des irakischen Regimes hoffte, scheint dennoch die Entscheidung des Iraks für den Krieg übereilt gewesen zu sein. Denn der Irak hatte nicht einmal den Versuch unternommen, die im Artikel 6 des Algier-Vertrages festgehaltenen Regelungen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu nutzen. Hier mag das Verhalten des Irans in der Geiselaffäre und die massive Verletzung des Internationalen Rechts eine Rolle gespielt haben — der Iran war in den Augen des Iraks kein seriöser Vertragspartner mehr. Der Irak kündigte den Vertrag am 16. September 1980 auf, einerseits um seine Ansprüche wiederherzustellen, andererseits um das durch den Sturz des Schahs entstandene Vakuum aufzufüllen.

Damit hatte der Irak sich nicht nur als Stütze der konservativen arabischen Monarchien bzw. Wahrer der arabischen Interessen empfohlen, sondern sich der Weltöffentlichkeit auch als Garant für die Sicherheit in einer Region angeboten, die durch den Gang der iranischen Revolution zutiefst erschüttert war. Dies um so mehr, als nach dem Sturz des Schahregimes das Vakuum am Golf von keinem anderen Staat hätte aufgefüllt werden können.

Die Entscheidung des Iraks für den Krieg fiel zu einem recht günstigen Zeitpunkt. Zum einen war der Iran in der Folge der „Geisel-Affäre“ in einer bis dahin nicht gekannten außenpolitischen Isolation. Zum andern war die iranische Armee nach der Hinrichtung zahlreicher Führungskräfte nur noch ein Torso¹³. Die Stornierung einer Reihe von Rüstungsgütern¹⁴ sowie der Mangel an Fachkräften und Bedienungspersonal hatten ein übriges getan. Der Irak nutzte die Zeit durch ständige Aufrüstung¹⁵ und entwickelte sich zu einem ernst zu nehmenden Machtfaktor in der Region. Spätestens nach der Ablösung des kränklichen Präsidenten Hassan al-Bakr am 16. Juli 1979 durch Saddam Hussein und der Einleitung massiver Säuberungen hatte er sich auch innenpolitisch konsolidieren können, während der Iran zu dieser Zeit sich immer noch in einem „nach-revolutionären“ Chaos befand. Außerdem dürfte die gescheiterte Geiselfreiung den Zeitpunkt des Krieges mitbestimmt haben, da der Irak befürchten mußte, die USA könnten die wirtschaftliche Blockade des Iran aufheben und militärische Güter liefern, um so die Freilassung der Geiseln zu erreichen. Schließlich hat auch ein mißlungener Putschversuch der iranischen Streitkräfte am 10. Juli 1980 die Hoffnungen des Iraks auf einen raschen Sturz des Regimes und die Einigung mit einem Nachfolgeregime zunichte gemacht. Kurzum scheint es so, daß der Zeitpunkt des Kriegsausbruchs kein Zufall war. Im Iran wurde dieser Krieg als „Geschenk Gottes“ empfunden, bot er doch die Möglichkeit, alle bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Mißstände zu rechtfertigen, die revolutionären Energien nach außen zu lenken und die Armee und Revolutionswächter (Pasdaran) zu beschäftigen.

...

DAS INTERNATIONALE UMFELD — DER „GORDISCHE (INTERESSEN-)KNOTEN“ DER SUPERMÄCHTE

Obleich der Krieg wegen seiner Bedeutung für das internationale Umfeld eine ausführlichere Darstellung verdient hätte, muß aus Raumgründen darauf verzichtet wer-

den. Im folgenden sollen die Bestrebungen der beiden Supermächte, auf die Konfliktparteien Einfluß zu gewinnen¹⁶, im Kontext mit ihren eigenen, äußerst diffizilen und feingewobenen Interessenlage in einer ökonomisch wie geostrategisch wichtigen und sensiblen Region dargestellt werden, in der jede voreilige, auf einer möglichen „Fehlperzeption“ beruhende Aktion weitreichende Folgen haben könnte.

Die Politik der USA gegenüber dem Iran war zunächst von der Sorge um die Geiseln bestimmt, dazu kam die Befürchtung, der Krieg könnte die Aufmerksamkeit der iranischen Regierung von der Geiselfrage ablenken. So reagierten die USA auf den Ausbruch des Krieges mit einer Garantieerklärung für die territoriale Integrität des Irans, aber auch mit Kritik an der politischen Führung im Irak und dessen Verurteilung als „Aggressor“. Wenn dieses Verhalten zunächst als „Goodwill“ gegenüber dem Iran interpretiert worden ist, so bleibt der Iran mit seiner Grenze zur Sowjetunion trotz oder gar gerade wegen des herrschenden Regimes der natürliche Verbündete der USA gegen die Sowjetunion. Im gesamtstrategischen Rahmen bildet der Iran zusammen mit Pakistan, der Türkei und einer möglichen kommenden islamischen Republik Afghanistan einen „Cordon Sanitaire“ islamischer Staaten rund um die Sowjetunion. Diese Einschätzung änderte sich auch nicht, als nach der Freilassung der Geiseln und der Lockerung der Wirtschaftsblockade der Iran nicht zur Verbesserung seiner Beziehungen zu den USA bereit war, da die Reagan-Administration den Konflikt nach wie vor als „eine regionale Streitfrage in einem strategischen Gesamtrahmen“ behandelt, der „von einer umfassenden Bedrohung durch die sowjetische Expansion geprägt“ sei¹⁷.

Die seit 1967 abgebrochenen Beziehungen zwischen den USA und dem Irak tauten zwar nach der israelischen Bombardierung des irakischen Kernforschungszentrums bei Bagdad am 7. Juni 1981 durch die Zusammenarbeit des irakischen Außenministers Hammadi und der amerikanischen UNO-Botschafterin Kirkpatrick bei der Ausarbeitung eines gemäßigten Resolutionsentwurfs für den UN-Sicherheitsrat etwas auf; aber die enge Bindung der USA an den irakischen Erzfeind Israel und die israelische Annexion der Golanhöhen im Dezember 1981 unmittelbar nach der Ankündigung eines Abkommens über die strategische Zusammenarbeit zwischen Israel und den USA stellten für diese Normalisierungsbemühungen wohl bislang unüberwindbare Hindernisse dar. Einig war man sich nur über die Verurteilung der sowjetischen Politik am Horn von Afrika und die Invasion in Afghanistan.

Für die Sowjetunion war die Entscheidung, bereits vor Ausbruch des Krieges eine Wahl zu treffen zwischen dem Iran und dem Irak, offenbar sehr schwierig, weil der Irak seit 1972 durch einen Freundschaftsvertrag mit ihr verbunden war. Aufgrund der Differenzen in der Afghanistan-Frage und der Politik der Sowjetunion am Horn von Afrika, der sowjetischen Unterstützung für Syrien und den Südjemen, aber auch als Folge der Haltung der irakischen Regierung gegenüber den Kommunisten im Lande, die Präsident Saddam Hussein bereits im März 1980 als „verfaulte Atheisten“ bezeichnete, „die wie ein gelber Sturm über den Irak hergefallen sind“¹⁸, begannen sich die Beziehungen abzukühlen. Die anfängliche Parteinahme der Sowjetunion für den Iran scheint von der Hoffnung begleitet gewesen zu sein, Erbe der strategischen Vorteile zu werden, die die USA im Iran besessen hatten bzw. auch von den chaotischen Zuständen zu profitieren. Die feindselige Einstellung des Iran gegenüber dem Status quo und der sich daraus

ergebende Druck gegen die Position des Westens im Golf war für die Sowjetunion eine vom Himmel gefallene Gabe. Die Entscheidung zugunsten des Iran fiel außerdem um so leichter, als der Irak durch den syrisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom 8. Oktober 1981 erheblich an strategischer Bedeutung verloren hatte. Hierbei mag auch die Überlegung eine Rolle gespielt haben, der Irak werde sich im Falle eines länger andauernden Konflikts wieder an seinen „Hauptrüstungslieferanten“ wenden und ihm damit auch den Hebel zur Einflußnahme an die Hand geben; dies geschah dann auch im Jahre 1982.

Moskau wandte sich aber dem Irak erst wieder zu, als seine Hoffnungen, im Iran Fuß zu fassen, durch die Politik der iranischen Regierung, die mit den „beiden Satans“ in Washington und Moskau nichts zu tun haben wollte und sich als Bollwerk gegen den „östlichen Kolonialismus, Parteidiktatur und Ausbeutung durch den Staatskapitalismus“ bezeichnete¹⁹, aber auch durch die iranische Verurteilung der sowjetischen Politik in Afghanistan, zunichte gemacht wurden. Aber auch als die Sowjetunion Bagdad einen langfristigen Kredit in Höhe von 2 Milliarden Dollar gewährte und mit umfangreichen Waffenlieferungen (u. a. auch Mittelstreckenraketen vom Typ SS 21²⁰) begann, blieb ihr Einfluß auf den Irak begrenzt. Durch die Diversifizierung seiner Waffenkäufe, unter anderem in Frankreich, entzog sich die irakische Regierung dem alten Abhängigkeitsverhältnis.

Zu diesen Faktoren, die eine stärkere Einflußnahme der beiden Großmächte verhinderten, treten zwei weitere, eher allgemeinere Gesichtspunkte, die die „Neutralität“ erklären können: Ein Eingreifen der USA, nach wie vor in der Region als Hauptverbündete Israels stigmatisiert, zugunsten des Iraks hätte sowohl für die konservativen Golfstaaten als auch für den Irak einen innenpolitischen Bumerang-Effekt zur Folge. In den Augen der gläubigen Massen würde der Iran damit in eine Märtyrer-Position gebracht, was automatisch zur Solidarisierung führen würde. Ferner hätten sie befürchten müssen, daß sich die Sowjetunion in einem solchen Falle unter Berufung auf den sowjetisch-iranischen Freundschaftsvertrag von 1921 (der kurz nach der Revolution ohne Zustimmung der Sowjets vom Iran einseitig aufgekündigt worden war) das ihr in §§ 5 und 6 eingeräumte Recht wahrnehmen würde, „ihre Streitkräfte auf persisches Territorium zu entsenden, wenn der Bündnispartner von einer dritten Kraft angegriffen wird oder wenn die Verhältnisse im Iran selbst eine Bedrohung für sie darstellen“.

Die Sowjetunion hätte wegen der lebenswichtigen Bedeutung des Golföls für den Westen durch die Intervention zugunsten der einen oder der anderen Konfliktpartei die Konfrontation mit den USA provoziert, da die Aktion als Fortführung der sowjetischen Intervention in Afghanistan und vorsätzlicher Schritt in Richtung auf eine Golfokkupation hätte interpretiert werden können.

Kurzum, der „gordische Knoten“ der Interessen beider Mächte und das daraus resultierende Dilemma lassen sich wohl am besten darstellen anhand der Konsequenzen, die der Sieg bzw. die Niederlage einer Konfliktpartei für die eine oder die andere Supermacht nach sich ziehen würde:

- Ein iranischer Sieg würde nicht nur die Ausbreitung der Revolution auf die konservativen arabischen Ölstaaten am Golf zur Folge haben, was die USA mit allen Mitteln zu verhindern suchen, sondern ein solcher Sieg würde auch den Funken der

islamischen Revolution in die asiatischen Sowjetrepubliken mit ca. 50 Millionen Mohammedanern tragen, sowie einen positiven Einfluß auch auf den afghanischen Widerstand haben.

- Ein iranischer Sieg würde ferner, sei es, um die arabische Solidarität zu beweisen oder um ein Ausbreiten des Krieges zu verhindern, unweigerlich auch zu einem Eingreifen der arabischen Mächte Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien führen. Den vereinten Kräften der Araber würde der Iran wohl kaum standhalten können; dann dürfte die Gefahr groß sein, daß der Iran aus der Defensive heraus die gesamten Erdölanlagen des Golf zerstören würde. Eine solche Entwicklung dürfte kaum im Interesse des Westens liegen. Moskau könnte in einem solchen Fall versucht sein, entweder in Erfüllung seines Vertrages von 1972 dem Irak militärisch zu Hilfe zu kommen oder sich aber vom Iran ersuchen lassen, gemäß dem Vertrag von 1921 militärische Hilfe zu leisten. Welcher der beiden Fälle auch einträte: Moskau säße direkt am Golf.
- Ein vollständiger Sieg des Iraks wiederum würde nicht nur die von den USA geförderte Vormachtstellung Saudi-Arabiens in der Region gefährden, sondern es bestünde auch die Gefahr, daß der Irak seine Armeen, nunmehr stärker ausgerüstet als je zuvor und zudem kampferprobt, zur Bedrohung und Erschütterung der konservativen Staaten am Golf verwenden würde. Ein solcher Sieg würde aber auch den irakischen Führungsanspruch innerhalb der arabischen Welt festigen, vor allem gegenüber dem Intimfeind Syrien. Dies kann sicherlich nicht im Interesse der Sowjets liegen, da Syrien gerade im Verlauf des Libanon-Konflikts zu einem nicht mehr zu vernachlässigenden Machtfaktor geworden ist.
- Ein Sieg des Iraks würde überdies sowohl der sowjetischen als auch der amerikanischen Iran-Politik zuwiderlaufen. So wäre ein Zusammenbruch des Iran für die Sowjets mit erheblichen Risiken verbunden. Denkbar wäre etwa die Etablierung einer prowestlich orientierten Regierung oder gar einer Militärdiktatur. Die USA hingegen sind bestrebt, einen Zusammenbruch sowie eine nicht auszuschließende Zerstückelung des Landes etwa durch separatistische Bewegungen zu vermeiden. Nur so können sie verhindern, daß ein geschwächter Iran als Folge politischer Unterwanderungen in Richtung der Sowjets tendiert.

Diese nur ansatzweise dargestellten Interessen der beiden Supermächte zeigen, daß beide — jedenfalls zur Zeit — weder an einem Sieg des Iran noch des Iraks interessiert sind. Solange der Krieg weitergeführt wird, sind sie darauf bedacht, nicht durch eine „voreilige“ Parteinahme ihre spätere Position zu verspielen. Sie beschränken sich deshalb darauf, durch die Dosierung bzw. Einflußnahme auf Waffenlieferungen das „Gleichgewicht der Ohnmacht“ aufrechtzuerhalten. Die USA haben ihren Einfluß auf Israel, Südkorea und Großbritannien geltend gemacht, um die Lieferung militärischer Ersatzteile an den Iran einzustellen²¹. Darüber hinaus hat das US-Außenministerium im März 1984 die Gründung einer Gruppe unter Leitung des Nahostexperten Richard Fairbanks bekanntgegeben, die darauf hinwirken soll, daß der Iran auch von anderen Staaten oder Waffenhändlern keine Rüstungsgüter mehr erhält, weil, so Fairbank, „der Iran im Augenblick gegenüber dem Irak an Boden zu gewinnen scheint“²². Die Sowjetunion wiederum hat, wohl mit Wissen der USA, den Irak mit Waffen (vor allem Mittel-

streckenraketen) versorgt²³. Allerdings selbst dieser bescheidene Versuch einer Einflußnahme scheint aufgrund der Diversifizierung der Waffenbezugsquellen beider Konfliktparteien nicht vom Erfolg gekrönt zu sein²⁴.

...

ANMERKUNGEN

- ¹ Abgedruckt in: C.-C. Schweitzer, *Weltmacht USA*, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Bayern. Reihe Zeitfragen, Heft 20, München 1983, S. 74 ff.
- ² Siehe hierzu H. Kissinger, *Memoiren 1968 bis 1973*, Stuttgart 1973, S. 1340.
- ³ Zum Umfang der iranischen Aufrüstung s. E. Ehrenberg, *Rüstung und Wirtschaft am Golf*, Hamburg 1978.
- ⁴ Zit. nach R. Graham, *Iran. Die Illusion der Macht*, Frankfurt a.M. 1979, S. 203.
- ⁵ House of Representatives, *Select Committee on Intelligence Report*, 19. 1. 1976.
- ⁶ *Süddeutsche Zeitung* vom 19. 9. 1980.
- ⁷ *Der Spiegel*, Nr. 23 vom 1. Juni 1981, S. 133.
- ⁸ P. Hünsele, *Der Irak und sein Konflikt mit Iran*. Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Bd. 22, Bonn 1982, S. 44.
- ⁹ A. Hottinger, *Der iranisch-irakische Krieg: Eine retrospektive Analyse*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *Der iranisch-irakische Konflikt*, Reihe Analysen, Bd. 98/99, Bonn 1981, S. 49.
- ¹⁰ Zu der Kontroverse zwischen dem damaligen Außenminister Yazdi und dem Ayatollah Beheshti vgl. die Ausführungen von P. Hünsele, S. 49.
- ¹¹ Der Anteil der Schiiten in den Golf-Staaten beträgt in Saudi-Arabien 12%, Kuwait 30%, Bahrain 60%, Vereinigte Arabische Emirate 20%, Katar 20%, Oman 20% und Irak 55 bis 60%, vgl. *Teheran Times* vom 29. 9. 1979.
- ¹² Ausführlicher zu den iranisch-irakischen Beziehungen nach der Revolution s. vor allem P. Hünsele, S. 55-69.
- ¹³ S. hierzu R. Hamann, *Die desintegrierte Armee. Zur Rolle der iranischen Streitkräfte während der Revolution 1978/79*, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, (1984) 2, S. 233 ff.
- ¹⁴ Nach Angaben der Österreichischen Militärischen Zeitschrift, (1980) 3, S. 244, hat die iranische Regierung allein bei der USA Rüstungsgüter im Umfang von sieben Mrd. Dollar storniert.
- ¹⁵ S. hierzu die Österreichische Militärische Zeitschrift, (1980) 3, S. 244.
- ¹⁶ Siehe ausführlicher hierzu: Sh. Chubin, *Die Sowjetunion und der Iran*, in: *Europäische Rundschau*, (1983) 3, S. 120; ders., *Die Sowjetunion und die Staaten am Persischen Golf*, München 1981; U. Steinbach, *Der Mittlere Osten im Spannungsfeld der Supermächte*, in: *Politische Bildung*, (1982) 1, S. 67 ff.; R. Robert, *Der iranisch-irakische Konflikt*, in: *Jahrbuch Dritte Welt* 1, München 1983, S. 123 ff.; H. Hubel, *Die sowjetische Nah- und Mittelost-Politik*. Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Bd. 20, Bonn 1982; ders., *Die USA im Nahost-Konflikt*. Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Bd. 23, Bonn 1983; G. Linde, *Der Krieg am Persischen Golf und die UdSSR*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 27, Köln 1981; sowie P. Hünsele, S. 112 ff.
- ¹⁷ R. Burt vor dem Ausschuß für Sicherheitspolitik des außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses am 23. März 1981, zit. nach *Amerika-Dienst* vom 1. 4. 1981.
- ¹⁸ G. Linde, S. 19.
- ¹⁹ S. die Rede des iranischen Staatsministers Nabavi vor der Außenministerkonferenz der Blockfreien Staaten am 12. Februar 1981 in Neu Delhi, in: *Botschaft der Islamischen Republik* (Hrsg.), *Weder Osten noch Westen*. Islamische Republik, Bonn 1981, S. 31.
- ²⁰ *Beijing-Rundschau*, (1984) 32, S. 13 f.
- ²¹ Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 28. 2. 1984.
- ²² Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 17./18. 3. 1984.
- ²³ S. hierzu den *Spiegel* vom 4. 6. 1984, S. 101.
- ²⁴ SIPRI-Pressemitteilung vom März 1984, ohne Quellenangabe abgedruckt in: *Mediatas*, 4/1984, S. 11.